

Jahresrückblick 2007 und Ausblick 2008

Hinsichtlich der **STEG** ist es dem Bürgerblock im Jahr 2007 endlich gelungen, Mitstreiter in der Stadtverordnetenversammlung zu finden, um dem Spuk ein Ende zu setzen und einen **Eigenbetrieb,, Freizeit, Erholung und Kultur“** zu gründen. Wichtig war für uns immer, dass die verschiedenen Geschäftsfelder der STEG auch in Zukunft weiter betrieben werden. Wir hätten uns auch weiterhin eine GmbH vorstellen können, wenn der Informationsfluss an die zuständigen städtischen Gremien besser gewesen wäre bzw. heute besser wäre, da immer noch nicht alle Unterlagen der ehemaligen städtischen GmbH zur Einsicht vorgelegt wurden.

Die STEG ist der beste Beweis für die bewusste Flucht aus dem Kontrollmechanismus der Kommune. Wir halten den kommunalen Eigenbetrieb für eine sinnvolle und maßgeschneiderte Lösung, da einerseits eine Unternehmensführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten möglich ist, andererseits eine ausreichende Kontrolle durch die Kommune sichergestellt ist.

Interessant ist dabei, dass sowohl CDU als auch FDP einen Eigenbetrieb als falsches Mittel ansehen, eine GmbH ohne Transparenz finden beide in Ordnung. Soviel zum Verständnis der beiden Parteien zur Transparenz und zum Handeln städtischer GmbH's. Nicht nachvollziehbar sind in diesem Zusammenhang auch die fadenscheinigen Aussagen der CDU, nun würde durch die Einstellung eines Betriebsleiterseiner/ Betriebsleiterin alles teurer und durch die Betriebskommission alles schwerfälliger.

War es nicht die STEG, die angetreten war, in den Bereichen Kultur, Lahnauenbad, Hallenbad Wallau, Fremdenverkehr und Freizeitzentrum Sackpfeife die Betriebskostenzuschüsse nachhaltig senken zu wollen. Die für jedermann in den Haushalten nachvollziehbaren Zuwendungen und Zuschüsse sprechen allerdings eine deutlich andere Sprache. So erhöhten sich diese für die oben genannten Bereiche von 807.127,38 € im Jahr 2002 auf 919.733,18 € im Jahr 2005.

Interessant dabei ist, dass die Zuschüsse auch in dem Jahr angestiegen sind, in denen man den ersten, hochbezahlten Geschäftsführer entlassen und die Geschäftsführertätigkeit ab dieser Zeit unentgeltlich in die Hände des Bürgermeisters gegeben hat. Wie will uns die CDU erklären, warum man das Geld, was vorher der Geschäftsführer verdient hat und was man nun eigentlich hätte sparen müssen, auch weiterhin im Rahmen der Gesamtzuwendungen an die STEG gezahlt hat, obwohl es zu diesem Zeitpunkt gar keinen bezahlten Geschäftsführer mehr gegeben hat. Tatsache ist jedenfalls, dass sich der Zuschussbedarf der STEG, ob mit bezahltem oder unentgeltlich tätigem Geschäftsführer, nicht zum Positiven geändert hat. Außerdem sind uns in der Höhe nicht bekannte Kosten an eine externe Firma für deren Tätigkeit gezahlt worden, was übrigens auch der Bürgermeister bestätigt hat.

Die neue Stelle des Betriebsleiters ist im Übrigen kostenneutral, da man erst für dieses Jahr im Stellenplan der Stadt eine komplette Stelle für eine/einen Kulturbeauftragte/n geschaffen hat, was unseres Erachtens für eine Stadt unserer Größenordnung nicht notwendig ist. Wenn der/die neue Betriebsleiter/in, wie vorgesehen, sowohl für Fremdenverkehr als auch kulturelle Angelegenheiten zuständig ist, ist dies eine Bündelung von Aufgaben, die eindeutig zusammengehören. Bei der STEG fanden dies CDU und FDP absolut in Ordnung, beim Eigenbetrieb sehen das beide Parteien plötzlich ganz anders.

Die Begründung, es fehle an Flexibilität, da der/die Betriebsleiter/in nur über Aufträge bis zu einer bestimmten Höhe verfügen darf, entbehrt jeder Logik, da auch in anderen Bereichen (z.B. Magistrat, auch bei einer GmbH) Grenzen für eigenständige Auftragsvergaben festgelegt werden. Gerade für größere Entscheidungen gibt es ja die Betriebskommission, damit Fehlinvestitionen, wie bei dem ehemaligen hauptamtlichen Geschäftsführer, möglichst ausbleiben.

Wir vom Bürgerblock Biedenkopf sind jedenfalls davon überzeugt, dass es mit dem neuen Eigenbetrieb auch in Zukunft attraktive Freizeiteinrichtungen und qualitativ gute Kulturarbeit geben wird. Dass es dabei evtl. auch zu Veränderungen in dem bisherigen Angebot kommen wird, ergibt

sich von selbst. Bis der Eigenbetrieb allerdings die Arbeit in vollem Umfang aufnehmen kann, werden noch ein paar Wochen vergehen. Das hängt einerseits mit dem/der Betriebsleiter/in zusammen, der/die noch eingestellt werden muss, andererseits nimmt die Liquidation der STEG noch einige Zeit in Anspruch. Wir hoffen für alle Beteiligten, dass es einen reibungslosen Übergang von der STEG zum Eigenbetrieb geben wird und sich Alle ihrer Verantwortung der Stadt Biedenkopf und seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber bewusst sind.

Im Jahr 2007 wurde auch wieder eine sehr emotionale Diskussion über das Thema **Hallenbad** geführt. Es gab Befürworter für eine Sanierung und es gab Befürworter für einen Neubau. Auch gab es mehr oder weniger aussagekräftige Gutachten.

Verborgen bleibt dabei allerdings, wie wir die Kosten, egal ob Sanierung oder Neubau, aufbringen wollen. Auch die Befürworter beider Möglichkeiten konnten oder wollten nicht zur Aufklärung beitragen. Laut Aussage des Bürgermeisters wird es in diesem Jahr Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer und der Konzessionsabgabe geben. Gesetzliche Vorgaben gibt es hinsichtlich der Eigenkontrollverordnung, hier stehen Kanalsanierungen allein in den nächsten Jahren in Höhe von mehreren Millionen € an. Auch der Bedarfsplan der Feuerwehr bindet zukünftig erhebliche Mittel. Außerdem gibt es in der ganzen Stadt viele marode Straßen, die in den nächsten Jahren saniert werden müssen.

Ob und in welcher Höhe es Zuschüsse aus Wiesbaden gibt, ist ebenfalls nicht geklärt, haben doch unsere Landespolitiker derzeit ganz andere Probleme.

Daher ist momentan, auch wenn die Stadt Biedenkopf zu den finanzkräftigsten Kommunen im Landkreis gehört, weder eine Sanierung noch ein Neubau machbar. Nach unserer Auffassung wäre es unverantwortlich, bei der derzeitigen finanziellen Situation eine solche Maßnahme schultern zu wollen.

Hätte man vor zwei Jahren dem Antrag der Fraktion Bürgerblock zur „kleinen“ Sanierung zugestimmt, wäre ein Schwimmbetrieb im Hallenbad für die nächsten Jahre machbar gewesen und man hätte sich dann in Ruhe um ein interkommunales Bad kümmern können. Leider kam der Antrag von der „falschen“ Fraktion und nicht von den großen Parteien und wurde deshalb mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen, was Mitglieder aller Fraktionen so sehen und größtenteils auch bedauern.

Die einzig jetzt noch finanzierbare Möglichkeit besteht nach unserer Auffassung darin, dass sich Städte und Gemeinden gemeinsam zum Bau eines interkommunalen Bades entschließen. Dies erfordert allerdings ein Umdenken in den Köpfen vieler Kommunalpolitiker und wird sicher nicht kurzfristig zu realisieren sein.

Einen Antrag hinsichtlich dieser Alternative wird von der Fraktion Bürgerblock zur nächsten Stadtverordnetenversammlung auf den Weg gebracht.

Ein großes Thema ist derzeit für Institutionen und Vereine die Einrichtung eines **Vereinsfonds**. Hier läuft zur Zeit in Anlehnung an den Antrag der FDP aus der Sitzung im November 2007 eine Befragung der Stadt. Die Vereine, die dabei angeschrieben wurden, sind teilweise über diese Befragung verwundert, insbesondere über die Ideen der FDP die Refinanzierung betreffend. Sollen jetzt die ehrenamtlich gut geführten Vereine, die bisher durch ihre Struktur und ihr Können bei von Ihnen durchgeführten Veranstaltungen Gewinne erzielten, die vielleicht übertriebenen Ideen Anderer, die evtl. schlecht organisiert sind und ein Minus erwirtschaften, mitfinanzieren? Wer prüft das? Wer genehmigt die geförderten Vorhaben? Durch die hier neu vorgesehenen Richtlinien wird wieder einmal mehr Bürokratie aufgebaut, die mit Sicherheit nicht den Vereinen hilft. Teilweise wissen angeschriebene Vereine gar nicht, welche Veranstaltungen bei der Befragung gemeint sind, da Großveranstaltungen, wie Rock- oder volkstümliche Konzerte, Stadtfeste u. s. w. meistens nicht von Einzelnen veranstaltet werden. Es ist durchaus unsere Intension, Vereinen bei größeren Veranstaltungen zu helfen, allerdings nicht durch überbürokratisierte Fonds, sondern z. B. über den Erlass städtischer Gebühren und allgemeingültigen und nachvollziehbaren Förderrichtlinien.

Die Gespräche zu den **Haushaltsberatungen** im letzten Jahr, die erstmals nicht von irgendwelchen Koalitionsvereinbarungen geprägt waren, verliefen gerade deshalb insgesamt für uns sehr positiv. Durch die neuen „offenen“ Mehrheiten konnten diesmal viele Wünsche der Ortsbeiräte über notwendige Maßnahmen erfüllt werden, wobei natürlich auch manche Anregungen aufgrund des finanziellen Rahmens zurückgestellt werden mussten.

Wir freuen uns, dass nicht mehr nur die großen Parteien das Sagen haben und dadurch viele Vorhaben in allen Stadtteilen, die teilweise schon jahrelang vorgetragen wurden, offen diskutiert werden konnten und viele positive und von allen Fraktionen getragene Ergebnisse dabei herauskamen.

Für den Bürgerblock waren die letztjährigen Haushaltsberatungen der beste Beweis dafür, wie man mit offenen Gesprächen und ohne große Koalitionen mehr für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erreichen kann.

Die **Stadtentwicklung** und der Verlust von immer mehr kleinen Geschäften muss uns zu denken geben. Wir können dabei nicht nur auf die interkommunale Zusammenarbeit hoffen, sondern müssen Ideen, zugeschnitten auf die Stadt Biedenkopf, entwickeln, um diesem Trend entgegen zu steuern. In Biedenkopf ist es nämlich nicht mehr 5 vor, sondern längst 5 nach 12. Politische Spielchen sollten dabei außen vor bleiben, hier sollten Alle an einem Strang ziehen, sonst werden wir in Biedenkopf und den Stadtteilen immer mehr Bau- und Geschäftsruinen vorfinden und es wird bald keine Angebote in der Stadt- bzw. Dorfmitte mehr geben, die insbesondere für die immer älter werdende Bevölkerung notwendig sind und den Charakter einer Innenstadt ausmachen. Stadtentwicklung wird uns sicher noch die nächsten Jahre beschäftigen, wobei wir uns bemühen werden, hier schnelle Lösungsansätze zu finden.

Auch die **Betreuung der Kinder unter drei Jahren** sollte uns dieses Jahr wieder intensiv beschäftigen. Eine Stadt, die auch für junge Familien attraktiv sein will, sollte schnellstens Konzepte entwickeln, wie eine Kinderbetreuung aussehen kann und vor allen Dingen auch wie sie finanziell von den jungen Familien getragen werden kann. Hier sind jetzt die Mitglieder aller Fraktionen gefordert, eine machbare und von einer breiten Mehrheit getragene Lösung zu finden.

Heinz Olbert
Fraktion Bürgerblock Biedenkopf